

EJPD
Direktionsbereich Migrationspolitik
Sektion Recht
3003 Bern

1353

Bern, 17. August 2011

Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS-Verordnung)



Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die ihm eingeräumte Möglichkeit, zu oben erwähnter Verordnungsänderung Stellung nehmen zu können. Er kann den vorgeschlagenen Änderungen sehr wohl zustimmen, gestattet sich aber, folgendes Ergänzungsanliegen anzubringen:

Ergänzung „A“ in der Spalte BÜG für die Rubrik k „Bürgerrechtsdaten Nichtigkeitsverfahren“ (Einsichtsrecht auch für kantonale Einbürgerungsbehörden).

Begründung:

Die Rubrik k „Bürgerrechtsdaten Nichtigkeitsverfahren“ ist neu eingefügt. Gemäss Artikel 41 BÜG kann eine Einbürgerung mit Zustimmung der Behörde des Heimatkantons für nichtig erklärt werden. Zur Aufgabenerfüllung (Prüfungspflicht) durch die Kantonalen Einbürgerungsbehörden betreffend die Erteilung der Zustimmung sind die Daten in den Feldern „Bürgerrechtsdaten Nichtigkeitsverfahren“ sehr dienlich. Insbesondere die Daten über die Trennung oder Einreichung der Scheidung sind massgebend und können sonst von den kantonalen Bürgerrechtsbehörden nicht beschafft werden.

Wir bitten Sie höflich, unserem Ergänzungsantrag statt zu geben.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber: